

Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Befestigungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergesparte
Zeile.

Posener Zeitung.

Nº 181.

Dienstag den 7. August.

1849.

Berlin, den 5. August. Der bisherige Kreisrichter Nöppell zu Konitz ist zum Notar für den Bezirk des Stadt- und Kreisgerichts zu Danzig ernannt worden.

Der Präsident der ersten Kammer, von Auerswald, ist von Helgoland, und der General-Major und Commandeur der 9. Infanterie-Brigade, von Brandt, von Glogau hier angekommen.

Deutschland.

Berlin, den 5. Aug. Die militärischen Maßregeln sind seit der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht verringert, im Gegenteil noch verschärft worden. Die Wachen sind fast durchgängig verdoppelt. Die Schlosswache, welche in der letzten Zeit des Belagerungszustandes nur 200 Mann hatte, zählt jetzt 400. Die Musketierbataillone ziehen jedesmal mit geladenem Gewehr auf Wache. Nach Ablösung derselben wird der Schuß aus dem Gewehre im Beisein eines Unteroffiziers wieder herausgezogen und Pulver und Kugel abgelöst, letztere muß jedesmal wieder umgeschmolzen werden.

Die „Berliner gemeinnützige Baugesellschaft“ ist jetzt mit dem Bau ihrer ersten zehn „Gesellschaftshäuser“ für „Mietshausgenossenschaften“ ziemlich zu Ende, so daß deren Einweihung und Beziehung bald erfolgen wird. Die Häuser stehen in den verschiedensten Stadttheilen paarweise. Es ist dazu ein Aktienkapital von 50,000 Thalern verwendet, welches durch geschickte Vertheilung der Arbeiten 180 Tage lang unmittelbar mindestens 1000 Personen beschäftigt und ernährt hat. Die Häuser sind einfach, schön und praktisch gebaut, namentlich von wohlthuender Eurythmie. Man hat in dem Prinzip der Gesellschaft bereits den Haupschlüssel zur Lösung der sozialen Frage gefunden wollen. Thatsache ist, daß hier die Interessen der Besitzenden (Aktionäre) und Besitzlosen (Mietshausgenossenschaften) wirklich gemeinschaftliche werden. Den Aktionären sind 6 Prozent gesichert; die Mietner wohnen in den Gesellschaftshäusern, gesünder, schöner und geräumiger, und durchschnittlich 15 Prozent billiger, als bisher und erwerben sich durch dieses billigere und bessere Wohnen — Eigenthum. Nach 30 Jahren gehört jedem Mietner seine Wohnung als Eigenthum, wofür er sich auch eine nach der Höhe der Miete bereits festgesetzte Summe baar auszahlen lassen kann, z. B. für eine Wohnung à 60 Thaler, 800 Thaler. Jeder Mietner kann zu jeder Zeit ausziehen und bekommt — jedes Jahr mehr — dann seinen Eigentumsanteil an der Wohnung in baaarem Gelde ausgezahlt, der im 5. Jahre schon den Werth der jährlichen Miete beträgt. Wasch-, Bade- und Spielhäuser oder Plätze, Bibliotheken, Einkäufe im Großen — gemeinschaftlich, also auch „Phalansteren“, nur gerade Eigenthum produzierende und das Familieneben in lauter besondern, genau abgeschlossenen Wohnungen kultivirende. Der Redner bei der Grundsteinlegung zum ersten Hause bezeichnete den Zweck und Kern ihrer Association so: Verwandlung besitzloser Arbeiter in arbeitende Eigentümner aus deren eigenen und zwar geringeren Leistungen für bessere Wohnungen. Die ganze Öffentlichkeit von allen bisherigen sozialen Experimenten. Weder die „Phalansteren“ noch die „Kalahine“ in Irland, noch die industriellen Arbeiters-Associationen in Paris, noch die Gesellschaftswohnungen in Brüssel, noch die Pariser Baugesellschaft, noch irgend eine Art von Londoner Cottages halten einen Vergleich damit aus, da keine derselben durch Verbesserung und größere Wohlfeilheit eines ersten Lebensbedürfnisses dasselbe zugleich zu einem Eigenthum produzierend erhebt. Diese Produktivität eben ist das Geheimniß und die neue soziale Seele der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft.

Nach einer Zusammenstellung der norddeutschen Zeitung bestehen übermorgen zusammentrend zweite Kammer aus: 81 großen Grundbesitzern, 23 kleinen Grundbesitzern, 9 Gewerbetreibenden, 65 Juristen, 98 Verwaltungsbeamten, darunter 47 Landräthe, 20 Kommunalbeamten, 4 Militärs, 13 Geistlichen, 12 Lehrer und Professoren,

Die Berliner demokratische Partei wird Herrn Waldeck ein Ehrengeschenk überreichen, das aus einem auf einem Eichenstamm ruhenden Lorbeerkrantz bestehen wird. Das vom Künstler Wolff auszuführende Kunstwerk soll in etwa 6 Wochen vollendet sein, und dann Herrn Waldeck durch eine Deputation der demokratischen Partei übergeben werden.

Halle, den 1. August. Heute fand hier die Gründung der ersten öffentlichen Verhandlungen des hiesigen Schwurgerichtshofes in dem Saale der Stadtverordneten statt. Die erhobenen Anklagen waren durchgängig politischer Natur, zum Theil betrafen sie Vorgänge, welche noch in die Zeit des vorigen Novembers und Dezembers fielen. Unter den Angeklagten befand sich auch der frühere Redakteur der hiesigen demokratischen Zeitung, Heldmesser Günther, wegen mehrerer in der genannten Zeitung zum Abdruck gelegten Artikeln, welche Majestätsbeleidigungen und andere Verleumdungen der Erfurter gegen den König enthielten. Die Geschworenen sprachen über ihn das Schuldig aus, in Folge dessen der Schwurgerichtshof ihn zu 9 Monaten Gefängnis, jedoch unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft, verurtheilte. Die Sizun-

gen werden im Ganzen nur drei Tage währen und erst am 16. Okt. wieder eröffnet werden.

Stralsund, den 31. Juli. Heute Nachmittag lief hier das zweite auf unserm Werste, das 25te binnen Jahresfrist auf Preußischen Werften erbaute Kanonenboot vom Stapel. Die Baukosten halte zur Hälfte der Staat übernommen, zur Hälfte sind sie durch freiwillige Beiträge aus der Stadt Halle a. d. S. und Umgegend und von der Insel Rügen gedeckt. Mit Beziehung auf diese letzten erhielt das Fahrzeug den Namen „Halle-Rügen“

(Nord. 3.)

Von der Niederelbe, den 2. August. Morgen soll dem General Bonin in Kiel ein äußerst kostbarer und schöner goldener Lorbeerkranz auf einem prachtvoll gestickten Kissen mit kostbaren Ligen und Quasten besetzt, als Ehrengeschenk von den schönen Elternförderinnen überreicht werden. Derselbe soll in Hamburg angesetzt werden.

Hamburg, den 2. August. Der Anschluß unseres Staates an die Dreikönigsverfassung scheint vor der Hand befeitigt; wenigstens ist dem Freihandelverein eine Mittheilung dieser Art von Seiten des Senats geworden. Auch versichert man, daß der Senat geneigt sei, die Differenzen in Betreff unserer Verfassung auf dem Wege gütlicher Ausgleichung zu erledigen. (N. fr. Pr.)

Hamburg, den 3. August. Für die am 4. August abzuholende öffentliche Sitzung der konstituierenden Versammlung liegen in Beziehung auf das Senats-Konklusum vom 25. Juli folgende zwei dringliche Anträge des Abgeordneten Trittau zur Berathung vor: Die konstituierende Versammlung wolle beschließen:

- 1) die erforderlichen Maßregeln zur Vornahme der Wahlen zu ergreifen;
- 2) die Hamburger Verfassung mit dem angehängten Wahlgesetz in 40,000 Exemplaren auf dauerhaftem Papier drucken zu lassen und jedem Abgeordneten 200 Exemplare zur Verbreitung zu übergeben.

Ferner ein Antrag an den Senat, man hege die Erwartung, daß derselbe die konstituierende Versammlung in ihrem Rechte schützen, und protestirende Eingaben von Behörden gegen die von ihr beschlossene neue Verfassung gebührend zurückweisen werde.

Die Statthalterschaft der Herzogthümer hat an den Kreisausschuß der verbundenen demokratischen Vereine in Hamburg, welcher Freischaaren zur Verfügung stellen zu wollen angeboten hatte, ein Schreiben gerichtet, worin sie unter dankender Anerkennung von diesem Auerbieten keinen Gebrauch machen zu können erklärt.

Harburg, den 2. August. (per elektro-magn. Tel.) Die gestern von Schleswig-Holstein hier eingetrofene preußische Batterie und Munitions-Kolonne sind diesen Morgen 6 Uhr von hier weiter gegangen.

Altona, den 2. August. Der Regierungs-Präsident Franke ist gestern auf der Rückreise von München, Stuttgart und Frankfurt in Altona angekommen.

Schleswig, den 1. August. Die Differenzen zwischen dem General Prittwitz und dem Dänischen General über die Demarkationslinie sind noch nicht ausgeglückt. Man sagt, der Rückmarsch der Truppen solle sistirt werden, und wenn die Dänen nicht nachgeben, Alles wieder gegen Norden marschiren. Gleichzeitig ist man über die Annahme der Dänen bei Eckernförde sehr ungehalten, und es hat der Major Jungmann in dieser Veranlassung Beschl. erhalten, den Glücksen stets heiß zu erhalten, um jedes feindliche Schiff, welches in seinem Bereich kommt, sofort mit glühenden Kugeln zu begrüßen.

Heute Morgen ritt der Adjutant des Generals, Lieutenant Tressow, gegen Norden; man glaubt mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß Wichtiges passir ist. (N. fr. Pr.)

Schleswig, den 2. August. Dieser Tage sind die Herren Heinze und der Präsident Franke von ihren Missionen zurückgekehrt. Herr Franke, welcher sowohl am Bairischen wie am Württembergischen Hofe mit großer Aufmerksamkeit und Zuverlässigkeit empfangen wurde, erhielt in Bayern die unzweideutige Antwort, daß die Stellung, worin sich Bayern augenblicklich befände, keine Opfer und pekuniären Verluste tragen könne, und demnach jede Hülfe, so bedauerlich dieses auch sei, ablehnen müsse. Württemberg gab die Erklärung, daß seine Hülfe zu unbedeutend sei, um von einem erspriesslichen Gewinn für die Herzogthümer sein zu können.

Von der Jütischen Grenze, den 31. Juli. Die zweite Preußische Division hat heute die Grenze passirt, und wird noch gegen Abend in Hadersleben und der Umgegend einquartiert werden. Morgen und übermorgen folgen: die 1. Division und die Kavallerie und am 3ten wird der Rest der Preußischen Truppen vom Jütischen Boden verschwunden sein; das fernere Weiterrücken der Truppen nach Südschleswig wird jedoch wegen des Andrangs der übrigen Reichstruppen erst am 5. d. ausgeführt werden können und wird die Räumung des nach Art. 3 der Waffenstillstands-Konvention bestimmten Terrains, südöstlich von Flensburg und nordwestlich von Tondern schon am 6. d. erfolgen, bis zu dieser hofft man auch, die zwischen dem Generalmajor v. Hahn Preußischerseits, und dem Dänischen Kommissarius obwaltenden Differenzen, behufs Feststellung der Demarkationslinie, zwischen den beiden Städten Flensburg und Tondern zu Gunsten der von Preußen entworfenen Linie geordnet zu sehen, und es wäre alsdann die Bestimmung des wichtigsten Artikels nach dessen Ausführung die Blokade aufhört, gestroffen und dieser kein Hinderniß mehr in den Weg gestellt.

Gestern wurde noch der Rest der Geschütze aus den Düppeler Schanzen gehoben, und heute wurden dieselben, wohl an 20 schwere und 15 leichtere Geschütze, in einem langen Zuge nach Graven-

stein gebracht, von wo sie schon morgen direkt nach der Festung Rendsburg geschafft werden sollen.

Schwerin, den 3. August. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Versammlung wurden das Staatsgrundgesetz und das Wahlgesetz in ungetrennter Abstimmung mit 55:34 Stimmen angenommen (4 enthalten), ebenso die Gemeinde-Ordnung mit 69:14 Stimmen (6 enthalten).

— Aus der Kammer der Abgeordneten vom 2. August. Heute ist der Würfel über das Verhältniß beider Mecklenburg zu gefallen.

Die Linken wollten den Anschluß an den Dreikönigsbund natürlich nicht, die Centren unter Bedingung. Der Minoritäts-Antrag, zu beschließen: der Anschluß sei dem Wohle Mecklenburgs nicht entsprechend, ward mit 44 Stimmen gegen 2 abgelehnt, der Majoritäts-Antrag mit 45 gegen 36 St. angenommen. Dieser spricht die Zustimmung der Kammer zu dem Anschluß aus, jedoch unter folgenden Bedingungen: 1) daß der vorgelegte Entwurf eines Reichsgrundgesetzes als eine die verbündeten Regierungen bindende Akte angesehen werde, deren Gültigkeit als Gesetz von den Verhandlungen mit dem künftigen Reichstage und von den Beschlüssen desselben abhängt; 2) daß wenigstens gesammte Nord- und Mitteldeutsche Staaten dem Bündnisse gleichfalls ohne einen den Rücktritt in ihre Willkür stellenden Vorbehalt beitreten, und daß 3) für den Fall, daß der zu begründende Bundesstaat nicht die gesammten Deutschen Länder, außer den Österreichischen Deutschen Staaten, in sich fassen sollte, der Beitritt Mecklenburgs zu dem in Aussicht gestellten gemeinsamen Zollverbande der eigenen freien Entscheidung Mecklenburgs vorbehalten bleibe. Vorausgesetzt wird ferner, daß das Wahlgesetz in einer den besondern Verhältnissen Mecklenburgs entsprechenden Weise dahin zur Anwendung komme, daß grundsätzlich alle volljährigen Mecklenburger, die das Niederausflussrecht im Lande erworben haben und irgend eine direkte Steuer zahlen, zur Wahl mitberechtigt werden, wenn und insofern sie nicht aus den in dem Wahlgesetze aufgeführten besonderen Gründen ausgeschlossen werden. Die Wahrung der Interessen Mecklenburgs bei den Verhandlungen, sowohl im Allgemeinen, als insbesondere hinsichtlich seiner Teilnahme am Verwaltungsrat und bei der Organisation des provisorischen Bundesschiedsgerichts, wird den hohen Landesregierungen anvertraut und von denselben erwartet. In Betreff der Steuer- und Zollverhältnisse wird den hohen Landesregierungen der Amtsrat ertheilt: sich mit Hannover und den übrigen dem bestehenden Preußischen Zollvereine nicht angehörigen Staaten über ein gemeinsames Verfahren zur Wahrung der Norddeutschen Handelsinteressen zu verständigen.

Oldenburg, den 2. August. Heute 12 Uhr fand, nachdem gestern die Vollmachten aller Abgeordneten für unbeantwortet befunden waren, die feierliche Eröffnung des Landtages statt. Das Gesamtministerium, also auch der Oberst Mosle, hatte sich dazu eingefunden. Staatsminister Schloifer überbrachte dem Landtage vom Großherzoge einen freundlichen Gruß, mit dem Bedauern, daß im Fürstenthum Birkenfeld die Wahlen nicht zu Stande gekommen seien. Die Hoffnungen auf die Reichsverfassung Deutschlands seien leider nicht verwirklicht. Mit 27 Deutschen Regierungen habe auch die Oldenburgische Staatsregierung die Durchführung derselben angestrebt. Aber sie sei von den größeren Staaten nicht angenommen worden. Preußen, Sachsen und Hannover hätten ohne Widerspruch der Reichsgewalt sich geringt und den Entwurf einer Verfassung für Deutschland aufgestellt, welcher, ungestrichen nicht unwesentlicher Abweichungen, doch dem Grunde nach mit der von der National-Verfassung beschlossenen Reichs-Verfassung übereinstimme. Einigung wird von allen Deutschen sehr gewünscht. Oldenburg könnte nicht selbstständig handeln. Die Staats-Regierung habe daher vorläufig ihren Anschluß erklärt, unter Vorbehalt der Ratifikation nach eingeholter Zustimmung des Landtages. In Folge des Waffenstillstandes, welcher mit Dänemark abgeschlossen worden, seien die Oldenburgischen Truppen einzweißen in das Fürstenthum Eutin verlegt. Ungeachtet aller Vorstellungen habe die Centralgewalt darauf bestanden, neben der durch Beschluß der Nationalversammlung verfügten Vermehrung des Heeres auf 2 Prozent der Bevölkerung, auch die Stellung eines Kavallerie-Regiments zu fordern. Die Staats-Regierung habe sich auch staatsgrundgesetzlich dem nicht entziehen können. Die Kosten seien freilich groß, doch aber zu ertragen, wenn seewärts der Handel dem Lande den Wohlstand wiederherstelle. Das Budget solle vorgelegt werden; außerdem Antrag auf Ermittelung des Kronguts, Entwürfe des Absolungs- und Pensionsgesetzes, sowie über die Einsetzung eines Dienstgerichts und einiges Andere.

Dresden, den 2. August. Geheimer Rath v. Bally, welcher bekanntlich im Auftrage der provisorischen Centralgewalt reist, ist hier angelkommen und gestern vom Minister des Neufelds, Herrn von Beust, empfangen worden.

Stuttgart, den 1. August. Heute endlich ist der Wahltag. In unserer Stadt bemerkte man einige Lebhaftigkeit auf den Straßen, besonders vor den Abstimmungskabinetten. Anschlagszettel für die betreffenden Kandidaten bedecken die Straßenecken. Über das Resultat läßt sich zum Voraus keinerlei Vermuthung aussprechen. — Der gestern ausgegebene Bericht der staatsrechtlichen Kommission über „die der Kammer der Abgeordneten von der K. Staatsregierung angesetzte Zustimmung zur Verhaftung der Abgeordneten Schnizer und Becher (Berichterstatter Wiest von Tübingen) trägt, „da das Königl. Justiz-Ministerium weitere Mittheilungen über die gegen Becher und Schnizer erhobene Anschuldigung verweigert“, darauf an: „die Kammer der Abgeordneten wolle die ihr angesetzte Zustimmung zu der Verhaftung der Mitglieder Becher und Schnizer verweigern.“

München, den 1. August. In letzter Woche sind hier 9 junge Ägyptier, aus reichen Familien in Alexandria und Smyrna ge-

bürtig, hier angelangt, um an hiesiger Hochschule und anderen Lehranstalten ihre Ausbildung zu erhalten.

München, den 2. August. Schwanthaler's Werkstatt ist bekanntlich durch Vermächtnis der Künstlers, der gleichzeitig eine Stiftung zur Unterstützung junger Künstler hinterließ, Eigentum des Bairischen Staats geworden. Zwischen den zahlreichen Gipsmodellen, welche diese Werkstatt einschließt, den Statuen von Goethe, Mozart, Jean Paul, von Fürsten in der idealen wie in der wirklichen Welt, der Böhmischen und Walhalla-Helden, der Nibelungen u. s. w., röhrt sich seit Kurzem wieder ein reges Leben. Die Bairische Ruhmeshalle soll erbaut werden, und unter dem Meisel Schwanthaler'scher Schüler entstehen; dazu die vier symbolischen Gestalten der Bairischen Hauptstämme: Baiern, Pfalz, Schwaben und Franken; außerdem vieles Andere, theils für Deutschland, theils für England bestimmt.

Augsburg, den 31. Juli. Am 30. August soll die Eisenbahnstrecke von Dettingen nach Gunzenhausen dem Verkehr übergeben werden, wodurch die fertige Linie wieder um drei Meilen verlängert wird. (Abenztg.)

Rastatt, den 30. Juli. Da sich die Anzahl der hiesigen Gefangenen über 6000 beläuft und man recht wohl weiß, daß unter ihnen eine Menge gezwungener Leute sich befindet, so ist man von Seiten der Kommandantur auch eifrig bemüht, die große Anzahl durch Entlassung der Bezeichneten, die natürlich erst streng ermittelt werden müssen, zu vermindern. Es ist zur Erleichterung dieses Geschäftes heute folgende Bekanntmachung an den Straßenbeamten angebracht worden:

„Da bei mir vielsache Anträge auf Entlassung derselben Leute des ersten Aufgebots eingegangen sind, welche gezwungen wurden, in die Reihen der Freischaren einzutreten, so fordere ich die Behörden auf, mir unter Hinzuziehung dreier glaubwürdiger Zeugen ihres Orts eine ausführliche Verhandlung über den Thatbestand einzureichen.“

Die Zeugen sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie später ihre Aussage endlich erhärten müssen. Rastatt, den 29. Juli 1849. v. Welzen, Major und Kommandant.“

Freiburg, den 30. Juli. Wie sehr die Badische Regierung das Bedürfnis fühlt, die ihren Händen entfallenen Zügel in stärkere zu legen, und Zucht und Ordnung schnell und kräftig wieder herstellen zu lassen, geht aus einer von ihr erlassenen Verordnung hervor, welche allen Stadtcommandanten in Baden (grossenteils Preußen) die Befugnis ertheilt, ohne vorhergegangene gerichtliche Prozedur Strafen bis zu drei Monaten Zuchthaus zu verhängen und selbstständig die ihnen angemessnen scheinenden Befehle und Verbote zu erlassen. (D. R.)

Freiburg, den 31. Juli. Heute früh erschien folgendes Plakat an den Ecken der Stadt:

Zur Warnung. Johann Ludwig Maximilian Dörnig aus Potsdam, ehemals Königlich Preußischer Auskultator und Unteroffizier im 21sten Landwehr-Regiment, hatte sich aus Aulass der im Mai d. J. stattgefundenen Staatsumwälzung in dieses Land begaben und war nach dem Einrücken der Königlich Preußischen Armee den Truppen seines eigenen rechtmäßigen Landes- und Kriegsherrn, seinen eigenen Waffenbrüdern und Landsleuten mit den Waffen in der Hand feindselig gegenübergetreten. Derselbe wurde daher am 11. Juli c. wegen Kriegsverraths hier selbst vor ein Kriegsgericht gestellt. Das von diesem wider ihn erlassene Erkenntniß ist am gestrigen Tage von mir dahin bestätigt worden,

dass der Angeklagte wegen Kriegsverraths, unter Degradation zum Gemeinen, Versehung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und dem Verluste der National-Kokarde, mit dem Tode durch Erschießen zu bestrafen.

Dieses rechtskräftige Erkenntniß ist heute Morgen um 4 Uhr an dem Angeklagten in der Nähe des Kirchhofes von Wieden vollzogen worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Hauptquartier Freiburg, den 31. Juli 1849. Der kommandirende General des Ersten Armeekorps der Königlich Preußischen Operations-Armee am Rhein. v. Hirschfeld.

Herr Dörnig soll männlich und standhaft gestorben sein. Die Bitte, eine Rede halten zu dürfen, in welcher er sein Begründungsgesuch rechtfertigen wollte, wurde ihm abgeschlagen.

Oesterreich.

Wien, den 2. August. Nach einer hier angelangten telegraphischen Depesche von Triest wurde in der Nacht vom 29. auf den 30. d. J. um 11½ Uhr mit der Beschleierung von Venetien mit glühenden Kugeln begonnen und wird selbe mit aller Kraft fortgesetzt; der Feind erwiederte nur schwach das Feuer.

Wien, den 2. August. (Schl. 2.) Die von dem heutigen Morgenblatt der „Presse“ gebrachte Nachricht, daß Kosuth vom Reichstage zu Szegedin abgesetzt und an seine Stelle Görgey als Dictator ausgerufen worden sei, soll, wie man uns versichert, auf eine im Laufe des gestrigen Tages aus dem Hauptquartier des F.-Z.-M. Haynau eingelausene Depesche basirt sein. Wir sehen der Bestätigung dieser Nachricht mit Spannung entgegen. Bewährheit sie sich, so ist es offenbar ein Versuch, mit Oesterreich Verhandlungen anzuknüpfen. Wir glauben aber nicht, daß Scitens der Ungarn erfüllbare Bedingungen vorgeschlagen werden dürfen.

Die Gebirgsgegend zwischen den Seen, dem Lago di Garda und Lago Maggiore ist der Schauplatz fortwährender Räubereien. In Bellinzona, in der Gegend von Chiavenna, vergibt keine Woche ohne ein förmliches Gefecht gegen die freisenden Truppen. Von Varese bis Como herrscht der ausgedehnte Schleichhandel; selbst die dort angeordneten ununterbrochenen Patrouillen und die verstärkte Gendarmerie haben wenig Erfolg.

Die Ungarische Regierung hat Szegedin verlassen, welches jedoch stark besetzt und von einer starken Garnison besetzt bleibt, und sich nach Gyula zurückgezogen. Eine Privatmitteilung, welche einem hiesigen Blatt heut zugegangen ist (aber natürlich nicht veröffentlicht werden wird), meldet, daß der Russische General Tolstof Görgey bei Tokay erreicht und von diesem geworfen worden ist, der nun seinen Marsch nach Debreczin fortsetzt. Pest ist ruhig, aber es herrscht daselbst eine dumpfe Gährung, welche strenge Wachsamkeit fordert.

Triest, den 31. Juli. (Lloyd.) In der vergangenen Nacht scheint

nedig ausgeführt worden zu sein. Nach 2 Uhr verspürte man hier in den höher gelegenen Stadttheilen eine solche Erschütterung an den Häusern, daß die Fenster wie bei einem leichten Erdbeben klirrten. Reisende, welche Sonnabend Abends Mestre verließen, bringen uns aus dem Hauptquartier die Mittheilung, daß am Montag, also gestern, ein Hauptangriff erfolgen sollte. Die letzten Nachrichten aus der Lagunenstadt brachte uns der „Bluton“, welcher hier Sonnabend vor Auer ging. Der Mangel an Lebensmittel hat nun dort den höchsten Grad erreicht; Fische sind nur noch um sehr hohe Preise zu haben. Wein mangelt fast allgemein, das Brod ist kaum genießbar. Der Französische Kriegsdampfer „Solon“, welcher heute früh nach Venetien abging und daselbst bis zur Einnahme der Stadt bleiben wird, nahm weder Zeitungen noch Briefe mit. Die amerikanische Kriegs-Korvette „Jamestown“ verließ in der vorletzten Nacht unsere Bude.

Agram, den 31. Juli. Die Kämpfe in dem Winkel zwischen der Theiß und der Donau, wo die Südarmee ihre vorgeschobenen Stellungen einnimmt, dauern fast ununterbrochen fort. General Kneicjanin hat die verschanzten Stellungen bei Titel, Willowo und Moschorin wieder bezogen, um sie auf's Neuerste zu vertheidigen. Neulich, d. i. den 23. d. J., fiel daselbst ein blutiger, und in seinen Resultaten bedeutender Kampf vor. Die Insurgenten rückten in aller Frühe gegen diese drei Punkte heran, und entwickelten eine Kraft, die auf die Absicht deuten ließ, selbe um jeden Preis zu nehmen. Doch sie fanden einen Gegner, dessen unbewegliches Muth sie schon so oft erprobt hatten. Kneicjanin wehrte sich mit seiner nackten Truppe tapfer, und nach mehrstündigem feindlicherseits unternommen wurden, gelang es ihm, den wilden Anprall des Feindes siegreich zurückzuschlagen. Eine große Anzahl feindlicher Leichen bedeckten das Schlachtfeld. Der Feind litt bedeutend, da er blind ins Feuer ging, und dabei einem furchtbaren Kartätschenfeuer, aus den Verschanzungen Kneicjanin's ausgesetzt war. — Der Verlust der Südarmee ist unbedeutend, ja unbedeutender, als er je gewesen, da den Truppen derselben die großen Wälle eine mächtige Schutzwehr boten. — Die Stellung des Kneicjanin ist fast uneinnehmbar, und gleich einer starken Festung, weil sie, außer den aufgeworfenen Wällen, auch durch ihre Lage begünstigt ist.

— Aus dem Erinnerungslager bei Comorn schreibt man uns, daß starke Züge von Russen aus dem nördlichen Theile Ungarns und über Pesth dort erwartet werden, was auf den baldigen Beginn einer regelmäßigen Belagerung schließen läßt. Die Insurgenten verhalten sich in der Festung ruhig, schießen zuweilen in die Luft, belästigen unsre Truppen aber, einige unbedeutende Ausfälle abgetrennt, sehr wenig. Bei 300 Österreichische Gefangene, welche in der Festung untergebracht sind, werden zum Ausbessern der Festungsarbeiten verwendet. Schon einigen gelang es, sich zu ranzionieren. Wohl bewacht und jeder Freiheit beraubt, können sie über die Zustände der Festung wenig Auskunft geben, wurden aber während ihres Aufenthaltes daselbst hinlänglich mit Brot und Hülsenfrucht täglich zur Genüge verföhnt.

Frankreich.

Paris, den 2. August. Gesetzgebende Versammlung, Sitzung vom 1. August. Vice-Präsident Bedau. Der Präsident verliest mehrere Vorschläge örtlichen Interesses, die Vereinigung mehrerer Gemeinden betreffend, die Trennung anderer. Diese Vorschläge werden ohne Berathung angenommen. Nach verschiedenen Anträgen ohne Interesse und der Verlesung mehrerer Petitionen leeren sich die Bänke allmälig, und die Sitzung wird aufgehoben.

— Der Präsident der Republik wird heute Abend nach Paris zurückkehren und nach einigen Tagen Ruhe nach Rouen, Havre und Dieppe reisen. Am 16. wird er der Inauguration der Eisenbahn von Paris nach Epernay (strassburger Linie) beiwohnen. — In Folge neuerlicher Arrangements zwischen Frankreich und England werden mehrere Franz. Vice-Konsulate im Englischen Ostindien errichtet werden. Der Schiffskapitain Bénard ist zum Kommissair der Republik auf den Gesellschaftsinseln ernannt worden, und der Kommandant der Australischen Station, Schiffskapitain Savano, den jener ersebt, soll zum Contreadmiral befördert werden. — Unter den fürzlich ausgewiesenen Polen befindet sich auch der Graf Branicki, dessen Ausweisung früher Russland bei Guizot und Duchatel vergeblich nachgesucht hatten. Branicki ist der größte Territorial-Gigant des Europa's.

— Die „Union“ zeigt an, daß Herr Theodor von Lesseps, Bruder des Exgesandten in Rom, in Anträgen der Regierung nach London abgereist sei. — Der Präfekt der Yonne, so wie der Unterpräfekt und der Maire von Sens, waren hier, um den Präsidenten der Republik zu ersuchen, daß er der Gründung der parisi-honner Bahnhof von Sens, welche am 26. August statt findet, beiwohnen möge. Der Präsident hat zugesagt; er wird bei diesem Anlaß über die Nationalgarde von Sens Heerschau halten und eine Fahnenauftreibung vornehmen. — Bekanntlich werden in gewissen Départements Petitionen vorbereitet, in denen die Revision der Verfassung und ein Auszug aus dem Volk, sich über die ihm zugedachte Regierungsform zu erklären, verlangt werden soll. Mehrere General-Prokuren haben bei der Regierung angefragt, ob man diese Petitionen als gesetzwidrig betrachten müsse. Angeblich wurde ihnen geantwortet, daß man sie dulden solle, wobei jedoch der National-Versammlung vorbehalten bleibe, bezüglich dieser Petitionen den ihr nothwendig erscheinenden Beschluss zu fassen. — Der Minister des Innern hatte den Präfekten der in Belagerungszustand befindlichen Départements genaue Berichte über die jüngsten Zustände in denselben abverlangt. Die Präfekten haben dieselben eingehend und einmuthig erklärt, daß Grund vorhanden sei, den Belagerungszustand noch fortzuführen zu lassen. — Die Hauptbestimmungen des von Dufaure der National-Versammlung überreichten Gesetzentwurfs über den Belagerungszustand lauten: Der Belagerungszustand kann nur im Kriegs- oder Aufrührzustande, und zwar bloß durch die National-Versammlung, auf den Vorschlag des Präsidenten der Republik, erklärt werden. Die Erklärung bezeichnet die Gemeinden, Bezirke und Départements, auf welche er Anwendung

findet. Im Falle der Prorogation der National-Versammlung kann der Präsident der Republik, auf Anrathen des Ministerrates, den Belagerungszustand erklären. Der Präsident muß davon entweder je nach der Wichtigkeit der Umstände, die Commission der National-Versammlung unterrichten oder letztere einberufen. Die Prorogation der Versammlung hört von Rechts wegen auf, sobald Paris in Belagerungszustand erklärt worden ist. Die National-Versammlung, sobald sie beisammen ist, hebt den Belagerungszustand auf oder behält ihn bei. In Kriegsplätzen und militärischen Posten, sei es an der Grenze oder im Innern, kann in den gesetzlich vorgesehenen Fällen der Militair-Befehlshaber den Belagerungszustand erklären, berichtet aber sofort darüber an die Regierung. Glaubt der Präsident der Republik den Belagerungszustand nicht aufheben zu dürfen, so schlägt er sofort der National-Versammlung die Beibehaltung desselben vor. Sobald der Belagerungszustand erklärt ist, gehen die Vollmachten der Civilbehörde bezüglich der Aufrethaltung der Ordnung, so wie die Polizeivollmachten, sämmtlich auf die Militairbehörde über. Die Aburtheilungen über Verbrechen und Vergehen gegen die Sicherheit der Republik, gegen die Verfassung, gegen die Ordnung und den öffentlichen Frieden, gleichwohl wer die Hauptverüchter und die Mischuldigen sind, können den Militairgerichten übertragen werden. Ausgenommen in Fällen der Complicität mit Verbrechen oder Vergehen, welche den Militairgerichten überwiesen sind, sollen die Urtheile über Verbrechen und Vergehen gegen die Sicherheit der Republik, gegen die Verfassung, gegen die Ordnung und den öffentlichen Frieden, gleichwohl wer die Hauptverüchter und die Mischuldigen sind, können den Militairgerichten übertragen werden. Ausgenommen in Fällen der Complicität mit Verbrechen oder Vergehen, welche den Militairgerichten überwiesen sind, sollen die Urtheile über Verbrechen und Vergehen gegen die Sicherheit der Republik, gegen die Verfassung, gegen die Ordnung und den öffentlichen Frieden, gleichwohl wer die Hauptverüchter und die Mischuldigen sind, können den Militairgerichten übertragen werden.

— Der allgemeine Friedenkongress wird für 1849 am 22. 23. und 24. August zu Paris stattfinden. In der ersten Sitzung werden die Namen der anwesenden Mitglieder, so wie derjenigen Personen, die ihren Beitritt erklärt haben, vorgelesen werden. Als bald wird die Ernennung des Präsidenten, der Vicepräsidenten und der Sekretaire, so wie die Feststellung einer Geschäftsordnung erfolgen. Nach Konstituierung des Büros soll der Bericht über die von den Englisch-Amerikanischen Gesellschaften ausgeschriebene Preisbewerbung für die beste Behandlung folgenden Saches verlesen werden: „Dass der Gebrauch der Waffen, um Streitigkeiten zwischen den Völkern zu entscheiden, eine Sünde ist, welche die Religion, die Vernunft, die Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und das Interesse der Völker selbst gleichmäßig verdammten.“ Die Preisbewerbung ist durch eine von der Belgischen Akademie der Wissenschaften und Künste ernannte Kommission entschieden worden. Hierauf wird sich die Verhandlung über eine Reihe von dem provisorischen Ausschuss abgefaßter Anträge eröffnen. Dieselben beziehen sich unter Anderem auf die schiedsgerichtliche Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Völkern; die baldige Berufung eines Völkerkongresses zur Ausarbeitung eines Gesetzbuches über die internationalen Beziehungen; die Notwendigkeit einer allgemeinen, fortschreitenden und gleichzeitigen Entwaffnung; die Beseitigung der Ursachen der Krieg durch eine Reihe politischer und ökonomischer Maßregeln, wie Entwicklung der Verbindungsmittel, Ausbreitung der Postenform, Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben, Bervielfältigung der Friedensgesellschaften, Hebung der moralischen und intellektuellen Erziehung, öffentlicher Unterricht den Bedürfnissen des Staatslebens entsprechend, Einförmigkeit der Münzen, Maße u. s. w. Den Rednern ist nicht gestattet, zu Gunsten des Krieges zu sprechen, da jedes Mitglied des Kongresses als solches von vorn herein den Grundsatz anerkennt, daß der Gebrauch der Waffen zur Entscheidung internationaler Streitigkeiten den Interessen der Menschheit entgegen ist. Nur über das Mittel zur Abschaffung des Krieges und zur Erziehung dieses barbarischen Gebrauchs durch vernünftiges und friedliches Verfahren zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Völkern wird vom Bureau die Diskussion gestattet werden.

— Mehrere Kaufleute, Schiffseigentümer und Kolonisten zu Havre haben eine energische Petition an den Präsidenten der Republik eingereicht, um die Aufmerksamkeit desselben auf die Lage von Martinique und besonders von Guadeloupe zu lenken. Sie schreiben die Brand- und Mord-Szenen, welche auf Guadeloupe kürzlich stattgefunden haben, der unüberlegten Einführung des allgemeinen Stimmrechts bei einer Menschenrasse zu, die sich Tages zuvor noch in der tiefsten Sklaverei befand. Dass auf Martinique die Wahlen in größter Ruhe vor sich gingen, erklären sie durch die Bemühungen eines Kandidaten der gemäßigten Partei, der jedoch auf Guadeloupe, wo er ebenfalls zum Zweck der Verhüttung gelandet sei, den Massen bewaffneter Banden sich kaum habe entziehen können, die eine vor Nichts, selbst vor Brand und Mord nicht zurückschreckende Partei (die Sozialisten, den Repräsentanten Scholz) vertrat, gegen ihn losgelassen habe. Die Bittsteller verlangen von dem Präsidenten der Republik, der versprochen habe, die Guten zu beruhigen und die Bösen zittern zu machen, schleunige und energische Maßregeln, so lange es noch Zeit sei, damit das 2008 von San Domingo nicht über Martinique und Guadeloupe kommt.

— In der Conciergerie wollten die politischen Gefangenen unter Aufsicht des Directors, die Julitage feiern. Sie erhielten von dem Director die Antwort, daß dies höheren Orts verboten werden.

— Auch Crémieux berichtet einige Fehler in der Geschichte verspricht eine Arbeit über den 24. Febr. und die provvisorische Regierung. — Boichot, Abgeordneter für Paris berichtet ebenfalls einige Ungenauigkeiten in der Darstellung Lamartine's, so weit sie den 13. Juni betrifft. Ledru Rollin wurde nicht von den beiden Unteroffizieren Rattier und Boichot gleichsam geschleppt, sondern er ging an der Spitze des Zuges neben Guinard.

— Nach dem Vorschlag des Abgeordneten Batimesnil sollen zwar zehn Jahre zwischen der ertheilten Erlaubnis zu einer Niederrästung und der Naturalisierung verfließen müssen, es kann indeß demselben Vorschlag gemäß, besonderes Verdienst den Zeitraum auf drei Jahre abkürzen. Ein ausgewiesener Fremder, der ohne Erlaubnis zurückkehrt, kann, nach Hrn. Batimesnls Vorschlag, mit 6 Monaten bis 2 Jahr Gefängnis bestraft werden. — Der Abgeordnete Raubot hat einen Vorschlag über die Gemeinde-Versaffung eingebracht, welcher nach der Ansicht der Commission, dem Staatsrath, will, daß der Kreis die Gemeinde, das Departement den Kreis beaufsichtige. An dem Hauptort desselben soll ein Abgeordneter des Departemental-Kreises seinen Sitz haben, der über die Ausführung der gesetzten Beschlüsse wacht. Außerdem soll daselbst eine Commission gebildet werden, der besondere Pflichten zu übertragen sind.

— Nach dem Tode des Marquess Molitor beträgt die Zahl der Marschälle noch 5: Soult, Gérard, Sebastiani, Neille und Dode de la Brunnerie.

Großbritanien und Irland.

London, den 31. Juli. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses überreichte Graf Harrowley eine Petition des ständischen Auschusses westländischer Planzer, welche das jetzt in jenen Kolonien herrschende Elend schildert und die Hoffnung ausdrückt, Graf Grey werde Maßregeln treffen, um für dieselben solchen Kredit zu erlangen, wie Großbritannien und Irland ihn bei gleichen Nebenständen erlangt hätten. Graf Grey meinte, es sei jetzt nicht die geeignete Zeit, in einen so ausgedehnten Gegenstand einzugehen, versprach aber, den angeregten Punkten seine beste Aufmerksamkeit zu schenken. Hierauf wurden die Amendements des Unterhauses zur Irischen Armen-Unterstützung-Bill berathen und genehmigt. Die zweite Lesung der Wahlbestechungs-Bill, welcher sich Lord Stanley bestig widersegte, ward aufgegeben, nachdem Grey erklärt hatte, daß dieselbe nach seiner Meinung nicht in dieser Session passieren müsse. Lord Warnecliffe beantragte die Vorlegung von Abschriften aller Mittheilungen zwischen der Britischen und den fremden Regierungen in Folge der Annahme der Navigations-Bill. Marquess Lansdowne bedauerte die Unmöglichkeit, bei der voraus sonders da noch Unterhandlungen schwetzen, welche durch jene Vorlegung präjudiziert werden könnten.

Die Königin hielt gestern einen geheimen Rath in Osborne, in welchem die Königliche Rede für den Parlamentsschluss berathen und genehmigt wurde. Ein anderer Gegenstand war die Verordnung einer zu erlassenden Proklamation, durch welche Münzen Namens Florins (Gulden) Umlauf erhalten sollen.

Gestern fand wieder ein großes Meeting für die Ungarische Sache im Regentspark statt, dem 1000 bis 1500 Personen beiwohnten und welchem Lord Stuart präsidierte. Auch der Prinz v. Espanno war anwesend. — Dublin ist, in Erwartung des Königlichen Besuches, fast zum Ueberstromen mit Menschen angefüllt und die Hotels sind vom Irischen Adel besetzt. Einige der bedeutendern Gastwirthe haben deshalb besondere Logirhäuser miethen müssen. Die Königin wird einen ganzen Berg von Adressen empfangen.

London, den 1. August. Im Oberhause gab gestern der Graf Roden eine Darlegung der neulichen Gräuelseen in Dollys Brae in der irischen Grafschaft Down und vertheidigte sich gegen Anschuldigungen, die ihn deshalb persönlich betroffen hätten; er habe nur die Untersuchung jener Vorfälle hierauf nicht eingehen. — Im bereitgelegten Saltarafrage bezüglich der Erbfolge der Habsburgs und fand die Ostindische Compagnie wegen der Nichtbeachtung des betreffenden Hindugesetzes. Da das Haus nicht mehr vollzählig war, vertrat man sich.

In Folge der letzten Debatte über die Irische Kirchen-Eklärung erlassen: „An das Volk von Großbritannien. Nachdem das Irische Volk an der Lösung der Irischen Kirchenfrage kein Interesse mehr nehme, so fühlen wir uns verbunden zu erklären, daß das Irische Volk nicht aufgehört hat, wie es nie aufhören kann, das Fortbestehen der Staatsskirche in Irland auf ihrem gegenwärtigen Fuße als ein Symbol der Eroberung und religiösen Unterdrückung und als eine der wirksamsten Ursachen der sozialen Leiden der großen Massen dieses Volkes zu betrachten. Wir sind auch überzeugt, daß, so lange das Uebergewicht einer Religionsfamilie in Irland aufrecht erhalten wird, auf das Eintreten einer dauernden Ruhe und auf das Aufhören jener religiösen Feinden nicht zu rechnen ist, welche den Wohlstand dieses Landes und der befriedigenden Gestaltung seiner politischen Beziehungen gleich sehr im Wege stehen.“

Vorgestern kamen in der Sitzung des Unterhauses die Befragungen der beiden Kammern des Britischen Parlamentes zur Sprache, indem verschiedene Mitglieder die Rechte des Hauses der Gemeinen gegen Übergriffe, die denselben, wie sie glaubten, von Seiten des Oberhauses drohten, wahren zu müssen glaubten. Es handelte sich hinsicht der Besteuerung. Ein Antrag war gestellt, verschiedene Amendements der Lords über die Irische Armenbill in Betracht zu ziehen, welche sich gegen die, eine Änderung der Armensteuer bezeichnenden Vorschläge der Regierung aussprachen. Durfte das Haus der Gemeinen hierauf eingehen, ohne den Peers ein Befragung einzuräumen, welche ihnen nach dem Gesetze des Landes nicht zukommt, nämlich die, in Fragen der Besteuerung seine Stimme abzugeben? Ueber den Rechtspunkt konnte kein Zweifel obwalten; auch waren die Sprecher, Lord J. Russell und alle, welche an der Verhandlung über diesen Gegenstand Theil nahmen, darin einig, daß dem Oberhause keine Einmischung in Sachen der Taxation zu gestatten sei. Hieraus würde sich dann, wie Lord J. Russell richtig bemerkte, praktisch natürlich die Folgerung ergeben, daß das Oberhaus von aller Thätigkeit mit Rücksicht auf Armengesetze ausschließen wäre, indem die Lords, ohne in die Rechte des Unterhauses einzutreten, keine Amendements von einiger Wichtigkeit einbringen könnten. Lord J. Russell machte den Vorschlag, in diesem Falle von den Privilegien des Hauses keinen Gebrauch zu machen, sondern auf die in Rede stehenden Amendements einzugehen.

Er führte an, daß dasselbe im Jahre 1834 bei Gelegenheit des Englischen Armengesetzes und 1838 bei Besprechung des Irischen geschehen sei. Unter anderen Mitgliedern, welche auf diesen Vorschlag einzugehen rieten, meinte auch Sir G. Grey, und wohl mit Recht, das Haus finde dadurch auf keinerlei Weise für die Zukunft und sei im gegenwärtigen Falle gerechtfertigt, die Amendements der Lords zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite sah Hr. Hume es als sehr gefährlich an, von Behauptung der Vorrechte in Beziehung auf die Besteuerung auch nur in einem Falle irgendwie abzugehen, und betrachtete ein solches Verfahren mit grohem Argwohn. Auch Sir James Graham war für Ausrechthaltung des Privilegiums, obgleich er gegen den Inhalt der Amendements im Allgemeinen nichts einzuwenden hatte. Die von Lord John Russell angeführten Ausnahmefälle dürften nicht als Autorität gelten, und man müsse sich hüten, dieselben durch neue zu vermehren, damit sie nicht rechtliche Bedeutung erhielten. Wollte man dieselben zu Gunsten der Wiederholung eines ähnlichen Verfahrens anwenden, so sei es besser, daß das Haus der Gemeine seine Privilegien sogleich und für immer aufhebe. Das die Mehrzahl der Anwesenden seine Befürchtungen nicht teilte, beweist der Erfolg, da die Amendements der Lords besprochen und zum großen Theile angenommen wurden.

— Die Stimme des Englischen Volkes für Ungarn wird immer lauter und vernehmlicher. Wie ein Laufseuer pflanzen sich die Meetings in diesem Sinne im Lande fort, offenbar in der Absicht, Lord Palmerston bei seinen Bemühungen für Ungarn eine starke Stütze in der öffentlichen Meinung zu geben und die Regierung überhaupt zu einem energischen Auftreten zu ermutigen. — So berichten heute wieder die Zeitungen von Meetings der Art in Wakefield und Leeds.

— Es ist merkwürdig, daß gerade die Englische Rasse eine so allgemeine Sympathie für die Ungarn an den Tag legt. In den Vereinigten Staaten ist sie eben so groß, und eine zahlreiche und stolche Legion wurde kürzlich in New York gebildet und war schon reisefertig, als jetzt erst die enthusiastischen Führer derselben die Schwierigkeiten erwogen, die sich ihrem Transport nach Ungarn entgegenstellen würden.

Spanien.

Madrid, den 26. Juli. Die Königin hat zum Namenstage ihrer Mutter abermals einen Akt der Gnade ausgeübt, und durch eine Verfügung vom 23. das von dem ersten Gerichtshof von Madrid im November 1848 ausgesprochene Urteil über den Angelo de la Riva, der auf die Königin geschossen, und das auf 20jährige Kettenstrafe lautet, in sechsjährige Verbannung aus Madrid und von den K. Schlössern verwandelt.

Belgien.

Brüssel, den 1. August. Aus dem Berichte der Chemiker Claeys und Stas über die gestern erwähnte Entdeckung Melsens geht hervor, daß die Einführung des Verfahrens dieses Chemikers eine totale Umänderung in die Gewinnung des Zuckers aus Rohr und Rüben bringen wird; daß etwa 33 Prozent Zucker mehr als bisher in den meisten Fabriken extrahirt werden wird; daß das Verfahren Mittel liefert, den aus Rohrzucker zu erzielenden kristallisierbaren Zucker gegen leicht zu verdoppeln; daß der Zucker bessere Qualitäten, weißer und wohlgeschmackender, giebt; daß das zum Grunde liegende chemische Agens weder für die Arbeiter, noch für die Gesundheit des Produkts einen Nachtheil habe; daß ebendaselbst kostspielige und komplizierte Apparate erspart; daß die Fabrikation sich so sehr vereinfacht, daß der rohe Zucker- und Rübenast nicht mehr die jetzigen zahlreichen Veränderungen erleidet; daß jener Fabrikant ohne große Veränderungen in seiner Fabrik sofort das neue Verfahren anwenden kann; daß endlich die Fabrikationskosten beträchtlich verringert werden.

Schweden und Norwegen.

Gothenburg, den 31. Juli. Man hört hier noch gar nichts von etwaigen Truppen-Einschiffungen nach Schleswig.

Italien.

Rom, den 22. Juli. Die Italienischen Blätter veröffentlichen die von Mazzini unterzeichnete letzte Ansprache des Triumvirats an die Römer, worin diesen Standhaftigkeit und Festigkeit während der jetzigen Leiden der freunden Intervention anempfohlen und sie vor Entmuthigung gewarnt werden, das Triumvirat fordert außerdem die Municipalitäten auf, öffentlich zu erklären, daß sie der republikanischen Staatsform anhängen und die weltliche Macht des Papstes abgeschafft haben wollen. Er schließt: Nieder mit der Priesterherrschaft, freies Stimmrecht für Jeden! Eine ganze Nation kann nicht ins Gefängnis geworfen werden, die Römische National-Versammlung ist nicht aufgelöst, die Triumvir sind nur dem ungünstigen Moment gewichen, und werden zur rechten Zeit wieder erscheinen. — In Velletri ist am 10. d. M. durch Cordova und Verardi eine Proklamation an die Küstenprovinzen erlassen worden, worin die päpstliche Autorität wieder hergestellt und die vorrevolutionären Beamten wieder eingesetzt sind. Die geistliche Censur ist wieder eingeführt.

Treviso, den 27. Juli, 7 Uhr Abends. So eben eilte hier ein Kurier nach Wien durch, der die Nachricht von dem bereits abgeschlossenen Frieden mit Sardinien überbringt. Ratifiziert wurde derselbe von dem Königlich Sardinischen Minister Grafen Pralorme (Schwager Russ's, ehemals Botschafter am K. K. Hofe) und dem Feldmarschall Grafen Radetzky.

Türkei.

Von der bosnischen Grenze, den 24. Juli. Die unter den Anführern Kerle aus Buzim, Dizdar aus der Festung Wanograd, und Altaga Rissie aus Grosskladusa zusammengerotteten Türken, bei 12,000, haben Posvitzd verlassen, und sind nach Bihać gezogen. All dort angelangt, forderten solche den Bihaćer Pascha Biscevic auf, sich entweder zu ergeben oder aber abzuziehen. Pascha Biscevic verständigte sich aber zu keiner dieser Forderung, verschloß die Festung, und antwortete, daß er insolange alldort Befehlshaber bleiben werde, bis ihm der Statthalter von Bosnien ausrückt, oder ihm den Auftrag er-

theilt, ihrer Forderung Genüge zu leisten. Mit dieser Antwort nicht zufrieden, griffen die Insurgenten die Festung an; der Pascha mit seinem Anhange von beiläufig 300 Mann, erwiederte ihren Angriff mit Gegenwehr, und seit 3 Tagen, das ist, vom 21. bis zum gestrigen, wird, so wie die Türken versichern, beiderseits heftig geschossen, ja aus der Festung werden sogar Kanonen abgefeuert, um die Insurgenten in Schach zu halten; der Pascha Biscevic, der diesen Fall nach Travnik berichtete, erwartet von dort Hilfe.

— Der Aufstand in Türkisch-Croatien wird von Tag zu Tag bedeutender. Am 19. waren die aufständischen Krajaner-Türken, etwa 5—6000 Mann stark, in Isazic und Klopot eingerückt, am 21. gingen sie am rechten Ufer der Una aufwärts nach Bihać, sorgten am 22. den Übergang über den Klopot und rückten gegen Mittag vor Bihać. Zugleich übergab eine von ihnen auf Umwegen entsendete Abtheilung Bihać von der Südseite. Auf diese Weise ist der Pascha mit etwa 300 Mann in die Stadt eingeschlossen und ziemlich ohne Aussicht auf Entsatz. An demselben Tage des Abends verdrängten die Insurgenten die Anhänger des Paschas aus den Vorstädten und die Festung zurück. Das natürlich schwache Bombardement, da die Insurgenten wenig Geschütz haben dürften, hat bis Abend gedauert und jetzt bereiten sich dieselben zum Sturm vor, wenn die Einwohner nicht die Thore öffnen und den Pascha vorher ausliefern.

Locales &c.

Posen, den 4. August. Nach einer Mittheilung des Amtsblatts des Königlichen Post-Departements vom 30. Juli c. No. 38 bestehen zur Zeit vier Preußische Feldposten, und zwar in Schleswig-Holstein für die mobile Preußische Division, in Baden für das mobile Corps des kommandirenden Generals von Holleben, desgleichen für das mobile Corps des kommandirenden Generals v. Hirschfeld und für die auf dem Marsche nach den westlichen Provinzen befindlichen Truppen des ersten Armee-Corps.

* Schrimm, am 31. Juli. Gestern stand in der Stadt Xiqu hiesigen Kreises die feierliche Grundsteinlegung der am 29. April v. J., als am Tage des dort stattgefundenen Gefechts, mit abgebrannten jüdischen Synagoge statt, wobei sich die städtische Behörde, der Distrikts-Kommissarius und viele Bürger beteiligt hatten. Der würdige Prediger Flötter hielt bei der Grundsteinlegung selbst eine feierliche Rede, worauf der Bürgermeister Hannig an die Mitglieder der Gemeinde einige Worte richtete, und zum Schlusse wurde von dem dasigen jüdischen Privatlehrer eine kurze Rede gehalten. Die Feier selbst wurde von sämlichen Anwesenden würdig und ehrend begangen, namentlich aber fühlten die Mitglieder der Gemeinde die Bedeutung und Schwere des Baues, da der größte Theil von ihnen selbst abgebrannt, oder doch durch die Insurrektion verarmt ist. Die Fonds zum Anfang des Baues wurden theils durch Beiträge der verarmten Synagogen-Gemeinde, theils durch Unterstützung ihrer Glaubensgenossen anderer Ortschaften beschafft. Leider aber haben sich bis jetzt die jüdischen Glaubensgenossen der Provinz Posen, mit Ausnahme dreier kleiner Städte an der Kollekte zum Bau der Synagoge noch gar nicht beteiligt, und werden daher sämliche Corporationen hiesiger Provinz recht dringend ersucht, zur Förderung und zum Fortbau der Synagoge zu Xiqu, willig recht reichliche Beiträge zu leisten, da es sonst der dortigen Gemeinde nicht möglich sein würde, den Bau zu vollenden, indem schon jetzt Materialien auf Kredit genommen worden sind.

* Pleschen, den 3. August. So eben erfahren wir, daß in diesem Jahre zum zweiten Mal das Departements-Ersatz-Geschäft abgehalten werden soll, und zwar für den Kreis Pleschen soll dieses Geschäft am 3. September c. hier selbst stattfinden. Man sagt, daß Seitens des hiesigen Landrats-Amtes die Unterbehörden angewiesen worden sind, die Versammlungen der „Liga polska“, des Gesetzes vom 29. Juni c. gemäß, zu überwachen.

Heringdorf.

In der Nähe von Swinemünde liegen noch zwei Seebäder, Heringdorf und Misdroi, jenes eine gute Stunde nach Westen zu, dieses zwei gute Stunden nach Osten zu am Meerestrande gelegen; Viele Badereisende ziehen den Aufenthalt in diesen Orten dem in Swinemünde vor. Da aus Ihrer Provinz die Zahl der Herzreisenden sich von Tag zu Tag mehrt, so möchte es manchen Ihrer Leser, der in der zweiten und für das Seebad immer günstigeren Hälfte der Badzeit (Monat August und September) die Seebäder noch benutzen möchte, erwünscht sein, auch über Heringdorf und Misdroi einige Mittheilung zu hören, um wo möglich vorher sich bestimmen zu können.

Beide Orte sind Dörfer, während Swinemünde eine Stadt ist, die nach dem Stettiner Amtsblatt vom 22. Juni d. J. eine siehende Bewohnerchaft von 4229 Seelen hat. Neuere Anlage, Häuser und Lebensweise sind daher in diesen Dörfern ganz verschieden von der Stadt. Heringdorf, dessen Einwohnerzahl auf nur 77 Köpfe amtlich angegeben wird, gehört einem hochbetagten aber noch rüstigen Greife, dem Oberförstmeister Bülow, der den entschieden Willen zu erkennen gegeben hat, den Ort nicht zu einem gewöhnlichen und vollständig eingerichteten Badeort anwachsen zu lassen, sondern ihm immer den ländlichen Charakter zu bewahren. Es existirt daher in Heringdorf kein Gasthof, in welchem der ankommende Fremdling allenfalls einige Tage abtreten könnte, sondern nur ein Gesellschaftshaus. Wer in Heringdorf seinen Aufenthalt zu nehmen bestätigt, muß deshalb schon vorher sich eine Wohnung mieten. Man thut wohl, entweder vor der Reise sich schon schriftlich an den Wirtschafts-Inspector zu wenden, der dann für Wohnung zu sorgen pflegt, oder vorläufig in einem Gasthofe zu Swinemünde abzutreten, und sich dann persönlich nach einer angemessenen Wohnung umzuhören. Wer ohne Weiteres mit seinem sämlichen Gepäck hinüber fährt, ist der Übertheuerung ausgesetzt und hat sein schnelles Handeln hinterher zu bereuen. Die Lage von Heringdorf ist unendlich viel schöner als die von Swinemünde. Ein hohes steil abfallendes Ufer, von dem aus man herrliche Blicke hat über die ganze Küste und das Meer. Reiche Waldungen von Buchen und Nadelholz. Das Wasser, reines Seewasser und nicht mehr wie in Swinemünde, der starken Entsalzung durch die Swine ausgesetzt. Andererseits aber auch das Leben außerordentlich einlönig, abgeschlossen und bei gegenseitigen Bemühungen steif und ceremoniell.

